Auswertung der Senatsantwort auf die Große Anfrage „Organisierte Ausbeutung mittels Scheinarbeitsverträgen in Bremerhaven“ – Abläufe

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE ergeben sich aus der Gesamtschau der vorliegenden Chronologien von Magistrat, Jobcenter und Senat u.a. folgende Ungereimtheiten seit Bekanntwerden der Hinweise bzw. Beweismittel:

- Spätestens am 27. Mai 2015 lagen Klaus Rosche (SPD), Stadtrat für Soziales, 38 verdächtige Arbeitsverträge und 58 Abrechnungen vor, die von den Vereinen ‚Agentur für Beschäftigung und Integration‘ und ‚Gesellschaft für Familie und Gender Mainstreaming‘ unterzeichnet waren.
- Am 25. Juni 2015 wird die Ortspolizeibehörde informiert – die Beweismittel werden übergeben.
- Am 9. Juli 2015 tagt turnusgemäß eine große Runde zum Thema Schwarzarbeit, u.a. mit den Jobcentern, den Sozialämtern, Innen-, Finanz-, Wirtschafts- und Bauressort, den Polizeien, Zoll, Staatsanwaltschaft. Spätestens zu diesem Zeitpunkt sind alle relevanten Akteure grundsätzlich über den Verdacht informiert, der von einem Vertreter des Wirtschaftsressorts vorgetragen wird.
- Am 21. Juli 2015 erhält Wirtschaftssenator Günthner von seiner Behörde eine aktuelle Sachstandsdarstellung in Form eines Vermerks.
- Am 7. August 2015 leitet die „Hausspitze Wirtschaft, Arbeit, Häfen den vorgenannten Vermerk“ für Martin Günthner an das Justizressort von Martin Günthner weiter, „dies war schließlich der Auslöser für die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft“.
- Am 12. August 2015 bittet die Ortspolizeibehörde das Finanzamt, keine eigenen steuerlichen und steuerstrafrechtlichen Maßnahmen einzuleiten, um „geplante strafprozessuale Maßnahmen nicht zu gefährden“.
- Am 26. August 2015 stellt der Geschäftsführer des Jobcenters Bremerhaven Strafanzeige bei der Ortspolizeibehörde.
- Am 18. November 2015 leitet die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren ein und bittet die Polizei um entsprechende Informationen für Durchsuchungs-maßnahmen. Die Ermittlungsgruppe „Beschäftigung“ wird eingerichtet, bei der aktuell acht ErmittlerInnen der Ortspolizeibehörde arbeiten. Erst am 10. Dezember 2015 konnte die Ortspolizei die zu durchsuchenden Objekte benennen.
- Am 1. Dezember 2015 tagt der SPD-Unterbezirk Bremerhaven und beschließt eine Rüge für den mit Hilfe von ‚Drückerkolonnen‘ der bei den Vereinen ausgebeuteten EU-MigrantInnen organisierten Personenwahlkampf von Patrick Öztürk.
- Am 8. Januar 2016 musste der bereits vom Gericht erlassene Durchsuchungs-beschluss noch einmal korrigiert, neu beantragt und erlassen werden.
- Am 26. Januar 2016 teilt der SPD-Unterbezirksvorsitzende Martin Günthner die am 1. Dezember beschlossene Rüge dem Abgeordneten Öztürk schriftlich mit.
- Am 27. Januar 2016 wurde der Durchsuchungsbeschluss von der Ortspolizei-behörde vollstreckt – 7 Monate, nachdem Hinweise und Beweismittel bei der Polizei vorlagen.
- Am 28. April 2016 folgte eine weitere Durchsuchung in den gleichen Vereins-räumen; 10 Monate, nachdem Hinweise und Beweismittel bei der Polizei vorlagen.

Quellen:

1. *www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2016-06-01_Drs-19-623_93106.pdf*
2. *https://sitzungsdienst.bremerhaven.de/ratsinfo/bremerhaven/n/1891.zipper?include=117961*
3. *www.radiobremen.de/politik/nachrichten/spd-gegen-oeztuerk100.html*